

STADTSCHULDEN: INADÄQUATE REGELN GEFÄHRDEN ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Die Finanzkrise hat durch den mit der wirtschaftlichen Schwäche verbundenen Ausfall an Steuer- und Beitragseinnahmen sowie die Kosten der Bankenstabilisierung auch zu einem merklichen Anstieg der Staatsschulden geführt. In Österreich hat sich die Staatsschuldenquote seit 2008 um 20 Prozent des BIP erhöht, wenig im EU-Vergleich, doch auf ein Niveau, das langfristig nicht tragbar ist. Auch in Wien, wo zudem versucht wurde, die wirtschaftliche Lage durch eine markante Ausweitung der öffentlichen Investitionen zu stabilisieren, sind die Finanzschulden kräftig gestiegen. Daten für die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung liegen nur bis 2011 vor, sie haben sich seit 2008 auf 2.300 Euro nahezu verdreifacht und dürften auch seither weiter gestiegen sein.

Dieser Anstieg war wirtschaftlich bestimmt sinnvoll und das Verschuldungsniveau liegt auch im Österreichvergleich günstig (Schulden von Bundesländern und Gemeinden): Während der Durchschnitt der Bundesländer einen Wert von 3.200 Euro aufwies (mit 4.450 Euro in Niederösterreich und 3.900 Euro in Kärnten an der Spitze), bleibt Wien deutlich darunter. Doch die wirtschaftlich wenig durchdachten Grenzen des EU-Fiskalpaktes und des innerösterreichischen Stabilitätspaktes sind sehr eng. Nicht einmal die für eine wachsende Stadt unabdingbaren Investitionen in die kommunale Infrastruktur, vom öffentlichen Verkehr, über das Bildungssystem und den Wohnbau, werden vom Nulldefizitwahn verschont. Hier gefährden falsche wirtschaftliche Ideologien die Zukunft einer Stadt und ihrer Menschen.

BEQUEME AUSGANGSLAGE WIENS, ABER AKTIVE POLITIK GEFORDERT

Trotz der vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme und Herausforderungen ist die Ausgangsposition der Stadt Wien relativ bequem. Dies beruht vor allem auf der leistungsfähigen Wirtschaft, der Errungenschaft der gut ausgebauten sozialen Dienstleistungen und dem hohen Wohlstand. Der Reichtum Wiens zeigt sich im privaten Vermögen, das trotz der Finanzkrise so hoch ist wie nie zuvor, ein Vielfaches der öffentlichen Verschuldung beträgt und extrem konzentriert ist. Im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern und Städten in Österreich und Europa ist in Wien auch das öffentliche Vermögen hoch. Die Stadt verfügt über hohe Immobilienbestände und wertvolle Unternehmensanteile. Wahrscheinlich ist das öffentliche Vermögen sogar merklich höher als die öffentliche Verschuldung, doch bislang ist es nicht bewertet. Die solide wirtschaftliche Lage der Stadt verbessert deren Ausgangsposition in der Bewältigung der großen Probleme beträchtlich. Es zeigt auch, wie wichtig öffentliches Eigentum ist, um die finanziellen Leistungsfähigkeit zu sichern und die Versorgung mit Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen selbst in einer rasch wachsenden Stadt gewährleisten zu können.

Der Sozialstaat ist eine der wichtigsten, über Jahrzehnte erkämpften Errungenschaften. Er hat sich in der Finanzkrise bewährt und muss weiter gepflegt werden. Die Herausforderungen bestehen in der Grundversorgung aller Menschen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage mit öffentlicher Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen. Das verlangt auf Basis der bestehenden erfolgreichen Modelle nach zusätzlichen Investitionen in den öffentlichen Verkehr und den sozialen Wohnbau sowie einer Sicherung der Qualität des Gesundheitswesens, des Bildungssystems, der Sozialarbeit und anderer sozialer Dienstleistungen.

Diese öffentlichen Leistungen sind auch für den Arbeitsmarkt von hoher Bedeutung. Die Beschäftigungswirkungen des Ausbaus sozialer Dienstleistungen sind unvergleichlich höher als die Ausweitung von Sozialtransfers oder von Steuersenkungen. Pro Milliarde Euro werden mit sozialen Dienstleistungen 18.000-25.000 Jobs geschaffen oder erhalten, mit öffentlichen Investitionen immerhin noch halb so viele, mit Steuersenkungen nur noch ein Viertel. Generell gilt es in dieser schwierigen